Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 650
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
81. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr. 61 — Freitag, den 13. März — 1925

Keine bürgerliche Sammelkandidatur

Vier offizielle Reichspräsident-Kandidaten: Dr. Jarres als Kandidat der Rechtsparteien, Dr. Marx wird vom Zentrum nominiert, Dr. Hellpach, der Kandidat der Demokraten und Otto Braun als sozialdemokratischer Kandidat

Die gescheiterten Verhandlungen

Die Bemühungen, sämtliche bürgerliche Parteien auf eine Einheitskandidatur Geßler zu einigen und damit eine Situation zu schaffen, bei der wahrscheinlich schon im ersten Wahlgang die Entscheidung zugunsten des bürgerlichen Kandidaten gefallen wäre, sind gescheitert.

Für den ersten Wahlgang sind getrennte Kandidaturen aufgestellt worden,

sodaß die wirkliche Entscheidung wohl erst im zweiten Wahlgang gesucht und gefunden werden kann.

Das Hin und Her der Auseinandersetzungen hat sich so lange hingezogen, bis der sogenannte psychologische Moment für die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur schließlich verpaßt war und die Verhandlungen nicht an sachlichen Gegensätzen, sondern eigentlich nur durch die unglückliche Taktik der Parteien zum Scheitern gebracht wurden.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hatte bekanntlich schon mittags eine Entschließung gefaßt, worin sie zunächst für den von der Partei in Aussicht genommenen Kandidaten Dr. Jarres eintrat, aber mit der Hinzufügung, daß bei einer Einigung aller bürgerlichen Parteien auf eine Kandidatur Geßler auch die Volkspartei sich dieser Einigungskandidatur anschließen sollte. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei faßte dagegen eine andere Entschließung, in der der zweite Satz fehlte.

Das Zentrum hatte gestern beim Loebellausschuß viermal um Aufschub der Entschließung gebeten, weil es selbst noch nicht zur Abstimmung kommen konnte. Die Aussprache im Zentrum und der Vorstandsbeschluß, der mit 18 gegen 6 Stimmen für Geßler eingetreten war, ließen die Erwartung gerechtfertigt erscheinen, daß auch der Arbeitsausschuß des Zentrums sich vielleicht mit einer knappen Mehrheit für Geßler aussprechen würde. Inzwischen war aber die Entscheidung im Loebellausschuß bereits gefallen. Man war dort auf Grund der Aeußerungen verschiedener Parteivertreter zu der Meinung gekommen, daß weitere Besprechungen mit den Demokraten und dem Zentrum nicht mehr zum Ziele führen würden,

und infolgedessen beschloß der Ausschuß, den Oberbürgermeister Dr. Jarres zu nominieren.

Die Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei erklärten schon jetzt für ihre Parteien das Einverständnis für diese Nominierung.

Die Bayrische Volkspartei und die Vertreter der beiden anderen Gruppen der Wirtschaftlichen Vereinigung haben eine solche Erklärung noch nicht abgegeben.

Die Bayrische Volkspartei wird erst in München noch eine Beratung darüber abhalten.

Als dieser Beschluß des Loebellausschusses im Zentrum bekannt wurde, war die Folge davon, daß der Reichsausschuß des Zentrums, der Jarres von vornherein abgelehnt hatte, nunmehr einstimmig

die Kandidatur Marx für das Zentrum

beschloß.

Der Reichsausschuß der Demokraten beschloß ebenfalls, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und einigte sich in der zehnten Abendstunde einstimmig in Uebereinstimmung mit Dr. Geßler auf den badischen Staatspräsidenten

Prof. Dr. Hellpach.

Von den außerparlamentarischen Organisationen, die an dem Loebellausschuß beteiligt sind, haben sich alle außer dem Jungdeutschen Orden für eine Kandidatur Jarres erklärt.

Es ist wohl kaum annehmbar, daß im ersten Wahlgang einer der nunmehr aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erreichen kann und das deutsche Volk wird in einen langdauernden und sehr heftigen Wahlkampf hineingezogen werden. Siegesaussichten hat gegenwärtig kein einziger Kandidat, und man wird den zweiten Wahlgang wahrscheinlich in einer vollkommen neuen Lage beginnen müssen. Der Loebellausschuß beabsichtigt, für den zweiten Wahlgang den Gedanken einer bürgerlichen Sammelkandidatur erneut aufzunehmen. Ob Geßler dafür nochmals in Frage kommt, muß stark bezweifelt werden, vielleicht taucht dann der Name Dr. Luther wieder auf.

Ein Bericht des Zentrums

Die Zentrumspartei gibt über die Sitzungen ihres Parteiausschusses einen Bericht aus, in dem festgestellt wird, daß das Zentrum auf Ersuchen des Staatsministers Loebell seine Stellungnahme zur Frage einer Sammelkandidatur dahin präzisiert habe, daß für das Zentrum die Frage der Präsidentschaftskandidatur eine Personenfrage sei. Die Kandidatur Jarres habe man abgelehnt. Bei der Kandidatur Geßler hätten außenpolitische Bedenken bestanden. Diese Stellungnahme habe der Unterhändler des Zentrums den übrigen Parteien vorgetragen, die jedoch die Kandidatur Geßler als die allein mögliche Sammelkandidatur aufrechterhalten hätten. Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Bayrische Volkspartei hätten sich mit dem Vorbehalt für die Kandidatur Geßler entschieden, daß auch das Zentrum dafür stimme. In dieser Sachlage habe der Reichsparteivorstand mit Mehrheit beschlossen, dem Reichsparteiausschuß die Annahme der Kandidatur Geßler zu empfehlen, falls auch die übrigen bürgerlichen Parteien bei der Kandidatur Geßler verbleiben.

Es sei jedoch ein Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei bekannt geworden, daß dieser einstimmig die Kandidatur Jarres aufgestellt habe.

Durch diese Mitteilung sei die Beurteilung der Situation so schwierig geworden, daß der Parteiausschuß zu keinem Entschluß kommen konnte. Man habe dann die Vertreter der Deutschen Volkspartei nach dem Sinne des in ihrem Reichsausschuß gefaßten Beschlusses gefragt,

doch hätten die Vertreter der Deutschen Volkspartei es vermieden, eine klare Auskunft zu geben.

Dahingegen hätten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der Vaterländischen Verbände eine sofortige Entscheidung des Zentrums gefordert. Der Abgeordnete Fehrenbach hätte aber eine sofortige Entscheidung für unmöglich erklären müssen, und hätte sich dann schließlich genötigt gesehen, die Verhandlungen abzubrechen.

Der Eisenbahnarbeiterstreik

Der amtliche Bericht

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: Die Streiklage in Sachsen ist in der Hauptsache unverändert. Die Zahl der Streikenden betrug nach den heute mittag eingegangenen dienstlichen Meldungen 5883, das sind noch nicht 20% der Gesamtzahl der Lohnempfänger (Arbeiter und Hilfsbeamte) und etwa 10% des Gesamtpersonals (Arbeiter, Hilfsbeamte und Beamte) in dem Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden. Die Abwicklung des Eisenbahnbetriebes hatte wesentlich unter der Ungunst der Witterung zu leiden.

*

Ein Schlichtungsausschuß eingesetzt

WTB. meldet: Im Reichsarbeitsministerium fanden heute Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik statt, die zur Einsetzung eines Schlichtungsausschusses geführt haben. Der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß wird Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Ministerialrates Dr. Mewes zusammentreten. Das Reichsarbeitsministerium hat die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen jede Verschärfung der Situation unterbleibt. Die Parteien haben zugesagt, ihr möglichstes in dieser Hinsicht zu tun.

*

Die Eisenbahnerlöhne

Die Reichsbahndirektion Dresden schreibt uns: „Es werden in den Flugblättern der Streikenden und in der Presse Angaben über die bei der Reichsbahn gezahlten Löhne verbreitet, die geeignet sind, bei den Lesern irrige Vorstellungen hervorzurufen. Am Streike sind in erster Linie Güterbodenarbeiter und Streckenarbeiter beteiligt. Es sind dies ungelernte Arbeiter. Der 24jährige Güterbodenarbeiter in Dresden erhält bei neunstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 4,36 Mk., der Streckenarbeiter einen solchen von 4,28 Mk. Diese Beträge erhöhen sich durch die bei der Akkordarbeit (Gedinge) erzielten Ueberverdienste, die sich auf durchschnittlich 20 bis 25 v. H. des Grundlohnes stellen. Der als Rangierer oder Schaffner verwendete 24jährige Arbeiter in Dresden bezieht einen Tagelohn von 4,55 Mk. Der in der Eisenbahnwerkstatt in Dresden arbeitende 24jährige Handwerker erhält einen Stundenlohn von 61 Pfg. bez. 65 Pfg., also am Tage 5,49 Mk. bez. 5,85 Mk. Für den gleichaltrigen Dresdner Vorhandwerker stellt sich der Lohn auf stündlich 71 Pfg., also am Tage auf 6,39 Mk. Diese Beträge erhöhen sich noch um die durch die Akkordarbeit erzielten Ueberverdienste um durchschnittlich 25 v. H. Die gleichen Löhne werden in Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen i. V. gezahlt. Die verheirateten Arbeiter erhalten ohne Rücksicht auf Beschäftigung, Lebensalter und Dienstort für Frau und jedes Kind eine Zulage von je 27 Pfg. für den Tag. Für Sonn- und Feiertags- sowie Nachtarbeit werden besondere Zuschläge gezahlt; Ueberzeitarbeit wird mit einem Zuschlag von 30 v. H. des Grundlohnes vergütet."

Der Kampf um das Genfer Protokoll

Chamberlains Angriff und Briands Paradeverfuch

Gestern hielt Chamberlain in der Sitzung des Völkerbundsrates seine mit Spannung erwartete Rede über die Haltung Englands in der Frage des Genfer Protokolls.

Chamberlain

erklärte, Großbritannien habe unter der vollen Zustimmung der Dominions den Gedanken des Schiedsverfahrens aufgenommen und in vielen Fällen praktisch durchgeführt. Die gegenwärtigen Ratgeber des englischen Königs sähen jedoch

unüberwindliche Schwierigkeiten,

das Protokoll in seiner jetzigen Gestalt zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Chamberlain wies dann darauf hin, daß der Völkerbund von heute keineswegs dem Völkerbunde, wie er von seinen Urhebern geplant gewesen sei, entspreche. Man habe damals nicht voraussehen können, daß so viele der wichtigsten Länder der Welt dem Völkerbunde nicht angehören würden.

Es gäbe kein besonderes Mittel, um zukünftige Kriege zu verhindern, als einen Plan anzunehmen, der der ganzen Welt Sicherheit gebe, daß der Krieg zu einem sicheren Mißerfolg führen würde. Dabei sei die englische Regierung der Ansicht, daß das angestrebte Ziel nicht besser erreicht werden könne als dadurch, daß die unmittelbar interessierten Nationen unter sich durch Verträge gebunden würden.

Zum Schluß erklärte Chamberlain: Es ist der englischen Regierung in der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich gewesen, mit den Vertretern der Dominions und Indiens, die ebenfalls Mitglieder des Völkerbundes sind, eine persönliche Aussprache zu halten. Wir haben aber mit ihnen in telegraphischer Verbindung gestanden, aus der hervorgeht,

daß die Regierungen von Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien das Protokoll nicht mehr annehmen können.

Die Einwände gegen das obligatorische Schiedsverfahren würden durch das Genfer Protokoll verstärkt, da die neuen Bestimmungen die in Art. 15 des Völkerbundspaktes aufgenommenen Vorbehalte abschwächten, durch die jede Einmischung des Völkerbundes in innere Fragen eines Landes verhindert werden soll. Ferner würden die Aenderungen, die das Genfer Protokoll an dem Pakt selbst vornimmt, die von den Völkerbundsmitgliedern übernommenen Verpflichtungen noch erhöhen.

Durch die wirtschaftlichen Sanktionen würde dem schuldigen Staat zweifellos ein großer Schaden zugefügt, aber nichts berechtige zu der Annahme, daß der schuldige Staat dabei unterliege oder auch nur der Meistgeschädigte sein würde.

Artikel 7 und 8 des Protokolls, die einen Staat, der mit einem Nachbarstaat einen Streitfall hat, an Kriegsvorbereitungen verhindern sollten, könnten dem Opfer eines Angreifers hinderlicher werden als dem Angreifer selbst.

Die englische Regierung wünsche keineswegs, den Angreifer hinsichtlich der Wiedergutmachung zu schonen. Die Grenzen eines Landes dürften nicht leichtsinnig festgesetzt und noch weniger leichtsinnig verletzt werden. Sie nehme selbstverständlich den allgemeinen Grundsatz an, daß es dem Staate souverän überlassen bleibe, sich um seine Angelegenheiten zu kümmern. Trotzdem glaube sie nicht, daß es angezeigt sei, diese allgemeinen Grundsätze als unbiegsame, starre Dogmen zu formulieren, durch die unter allen Umständen und zu jeder Zeit die Haltung des Völkerbundes bestimmt würde.

Das Protokoll macht den Völkerbundspakt nicht klarer, sondern stört sein Gleichgewicht und ändert seinen Geist.

Chamberlain wandte sich dann gegen die dauernde Erörterung von Sanktionen und militärischen Verfahren und schloß: Wie es für den gewöhnlichen Menschen nicht gut ist, dauernd an eine schwierige chirurgische Operation zu denken, so ist es für die menschliche Gesellschaft nicht gut, eine analoge Haltung einzunehmen. Eine solche Haltung ist tatsächlich eher dazu geeignet, die Verwirklichung des befürchteten Zustandes herbeizuführen, anstatt ihn zu verhindern.

SLUB
Wir führen Wissen.